

**(A) Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die nächste Frage stellt der Kollege Stefan Liebich.

**Stefan Liebich (DIE LINKE):**

Herr Außenminister, Sie haben am Beginn Ihres Berichtes eine Reihe von Konflikten benannt, bei denen Abrüstung und Rüstungskontrolle aus Ihrer Sicht helfen können. Einen Konflikt haben Sie nicht benannt: den Krieg im Jemen. Da kann Deutschland ganz direkt etwas tun.

Die Koalitionsfraktionen haben in Aussicht gestellt, dass sie künftig keine Waffen mehr an Länder liefern wollen, die unmittelbar am Jemen-Krieg beteiligt sind. Was uns brennend interessiert, ist: Welche Länder sind das denn? Wir haben bereits im Plenum danach gefragt. Ich habe Ihr Haus danach gefragt und keine Antwort auf die Frage bekommen: Welche Länder sind aus Sicht der Bundesregierung unmittelbar oder mittelbar am Jemen-Krieg beteiligt?

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Herr Abgeordneter, das ist ein Thema, mit dem wir uns in der Bundesregierung zurzeit sehr intensiv beschäftigen. Neben Saudi-Arabien sind in erster Linie die Vereinigten Emirate an Militäroperationen beteiligt. Darüber hinaus ist eine Reihe von Staaten in unterschiedlicher Art und Weise in den Konflikt einbezogen. Die Unterstützung reicht von ideeller Unterstützung bis zu substanzieller militärischer Beteiligung. Wir haben uns diese Frage vorgenommen. Wer aber am Schluss von uns als Beteiligter wahrgenommen wird, weil die geleistete Unterstützung ein bestimmtes Maß überschreitet, kann ich Ihnen – über die genannten Länder hinaus – im Moment nicht konkret sagen, weil wir die Lage noch nicht abschließend bewertet haben.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die nächste Frage stellt die Kollegin Brugger.

**(B) Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, ich teile ja alle Ihre Sorgen und Ausführungen zur Bedrohung durch die russische Seite mit Blick auf die Nuklearfrage. Nun ist gerade unter US-Präsident Donald Trump eine neue Nuclear Posture Review verabschiedet worden, die eine absolute Abkehr von dem, was Präsident Obama getan hat, bedeutet. Sie bedeutet eine Verschärfung und die Entwicklung neuer nuklearer Fähigkeiten. Auch das ist doch eigentlich Anlass zur Sorge und ein Beitrag zu einer nuklearen Aufrüstungsspirale. Daher meine Frage: Wie ist die Position der Bundesregierung dazu? Ich frage vor allem vor dem Hintergrund, dass im Zusammenhang mit dieser Strategie immer so getan wird, als seien die NATO-Partner damit einverstanden, und im Rahmen der nuklearen Teilhabe US-amerikanische Atomwaffen in Büchel gelagert sind, die jetzt mit einer nicht geringen Summe Steuergeld modernisiert werden sollen.

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Sie haben auf die Veränderungen, die es in den Vereinigten Staaten gibt, hingewiesen. Hintergrund dessen, was Sie angesprochen haben, ist, dass in den USA festgestellt wird, dass sich das sicherheitspolitische Umfeld erheblich verschlechtert hat. Die USA begründen ihre Nuklearstrategie mit dieser Veränderung der sicherheitspolitischen Lage und den neuen Herausforderungen, die sich daraus ergeben.

Für uns ergibt sich daraus die Frage: Wie gehen wir damit um? Wir sehen, dass das nicht unproblematisch ist, und wir befinden uns dazu in Gesprächen mit unseren Partnern. Wir sehen aber auch, dass sich die USA für eine Fortsetzung des Dialogs mit Russland zur Klärung offener Fragen einsetzen, etwa durch Nutzung bilateraler Kanäle wie die Gespräche zur strategischen Stabilität. Wir sind der Auffassung, dass die deutsche Bundesregierung darauf drängen soll, dass dieses Format unterstützt wird. Wir werden aber auch aktiv für konkrete Schritte bei der nuklearen Abrüstung eintreten. Das haben wir im Koalitionsvertrag so festgelegt, und das werden wir auch gegenüber unseren amerikanischen Partnern deutlich machen.

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die nächste Frage stellt der Kollege Rolf Mützenich.

**Dr. Rolf Mützenich (SPD):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Ich bin sehr froh, dass wir heute diesen Themenbereich behandeln. Erst in der vorletzten Sitzungswoche haben wir ja hier über die Krise des INF-Vertrages gesprochen. Unter anderem ist festgestellt worden, dass die Kündigung des Vertrages zur Begrenzung der Raketenabwehr ein Motiv für die Krise des INF-Vertrages sein könnte. Deswegen würde ich gerne überleiten zu einer Initiative, die der frühere Außenminister Steinmeier auf den Weg gebracht hat: die Überprüfung der Kontrolle der konventionellen Abrüstung und der Rüstungskontrolle. Das könnte, von Deutschland ausgehend, ein wichtiger Markstein für die Begrenzung der atomaren Waffensysteme sein. Wird sich die Bundesregierung weiter für die konventionelle Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa einsetzen?

**Heiko Maas, Bundesminister des Auswärtigen:**

Die Bundesregierung wird dies tun, weil wir das nach wie vor für richtig und für notwendig halten. Aufgrund der Entwicklungen, die in dem Jahresabrüstungsbericht deutlich werden – wir befinden uns ja in Wahrheit eher in einer Phase der globalen Aufrüstung –, sind wir der Auffassung, dass wir unsere Initiativen auf unterschiedlichen Gebieten eher verstärken müssen. Wir müssen auch über neue Formate nachdenken, in denen wir etwa über die Initiative, die Sie angesprochen haben, noch einmal beraten können. Möglicherweise müssen wir auch neue Regeln und neue Regelwerke finden. Das ist eines der Themen, über die ich am Montag auf europäischer Ebene mit einigen Kolleginnen und Kollegen Außenminister gesprochen habe. Es gab da sehr viel Zustimmung. Deshalb bin ich sehr zuversichtlich, dass nicht nur wir als Bundesregierung, sondern wir gemeinsam mit anderen

**(C)****(D)**